



## **Menschenhandel**

### **Gemeinsamer Artikel der Mitglieder der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Thema**

#### Unterstützen Sie Menschenhandel?

Bei Menschenhandel denkt man oft an Frauen, die durch Zwang oder ein Versprechen auf Arbeit über nationale Grenzen hinweg verschoben und zur Prostitution gezwungen werden. Obwohl dies kein Trugschluss ist, sind Opfer von Menschenhandel – oder Sklaverei, wie es treffender heißen sollte – nicht nur in einer zwielichtigen Umgebung zu finden, die mit dem Leben von normalen Bürgerinnen und Bürgern wenig zu tun hat. Zu den Opfern zählen auch Frauen, Männer und Kinder, die in Privathaushalten als Sklaven fungieren – sei es als Putzhilfe, Handwerker oder Gärtner. Diese Menschen werden in Restaurants, in denen wir essen, und in Hotels, in denen wir schlafen, ausgebeutet. Sie werden als Fabrik- und Landarbeiter bzw. -arbeiterinnen, als Bettler und Bettlerinnen, illegale Adoptivkinder oder Organspender verkauft.

#### Menschen können mehrfach verkauft werden

Der Grund dafür ist einfach. Auf der einen Seite steht die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und sexuellen Dienstleistungen, auf der anderen Seite stehen Menschen, die in armen Verhältnissen leben und keine oder nur wenig Hoffnung für ihre Zukunft haben. Dieser Markt wird von Kriminellen ausgenutzt, die ihre Opfer in die Sklaverei ködern oder zwingen. Sie missbrauchen Menschen, die kaum Chancen haben, für sich und ihre Familie zu sorgen. Dies geschieht nicht nur in armen, entfernten Ländern, sondern auch in unserer Region in Europa. Menschen werden wie Drogen oder Waffen verkauft, aber im Gegensatz zu Drogen oder Waffen, die nur einmal Gewinn bringen, können Opfer von Menschenhandel immer wieder verkauft werden. Das ist die brutale Perspektive, die den Menschenhandel zu einem außerordentlich lukrativen Geschäft werden lässt, in dem sich sehr hohe Gewinnspannen erzielen lassen. Gleichzeitig ist das Risiko für die Verantwortlichen, verhaftet und bestraft zu werden, relativ gering. Daher ist der Menschenhandel eine der am rasantesten anwachsenden Formen von Kriminalität, nicht nur in den baltischen Ländern und Europa, sondern weltweit.

#### Ein lokales und ein internationales Problem

Nach Schätzungen von internationalen Organisationen sind weltweit circa 2,5 Millionen Menschen Opfer von Menschenhandel. Dabei ist es allerdings schwierig, ein genaues Bild über das gesamte Ausmaß des Menschenhandels zu gewinnen.

Dies liegt zum einen darin begründet, dass Menschenhandel als Teil der organisierten Kriminalität verdeckt erfolgt. Zum anderen existieren bislang keine systematischen und vergleichbaren Datenerhebungen.

Genauso wie die Opfer von Menschenhandel nicht nur jenseits des alltäglichen Lebens von normalen Bürgerinnen und Bürgern zu finden sind, beschränkt sich Menschenhandel nicht nur darauf, dass Menschen über Grenzen hinweg exportiert werden. Menschen werden ebenso innerhalb unserer Landesgrenzen verkauft. Menschenhandel ist sowohl ein lokales als auch ein internationales Problem und muss auf beiden Ebenen ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit erhalten.

Es reicht nicht aus, diese Probleme internationalen Organisationen zu überlassen. Menschenhandel ist ein lokales Problem, und jeder von uns ist aufgefordert, die Ursachen zu bekämpfen, die Menschen verletzlich machen, und den Opfern die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie wieder die Kontrolle über ihr Leben zurück erlangen. Wir alle müssen die Bekämpfung von Menschenhandel unterstützen, indem wir sicherstellen, dass wir nicht in der einen oder anderen Form Ausbeutung fördern. Wir müssen verlangen, dass wir nicht von Opfern von Menschenhandel in Hotels oder Restaurants bedient werden, und wir müssen gewährleisten, dass Nahrungsmittel, die wir erwerben, nicht von Opfern von Menschenhandel produziert wurden. Mit anderen Worten: Wir alle sind gefordert, Opfer des Menschenhandels besser zu erkennen und uns entsprechend zu verhalten.

#### Eine grenzüberschreitende und parteiübergreifende Vereinbarung

Bei der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 war der Menschenhandel das zentrale Thema. Im Rahmen der Konferenz wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die seitdem eine Liste politischer Empfehlungen zur Bekämpfung von Menschenhandel zusammengestellt hat.

Aufgrund der bedrückenden Realität ist es der Arbeitsgruppe möglich gewesen, Einigkeit hinsichtlich dieser Empfehlungen sowohl über nationale und regionale Grenzen als auch über Parteigrenzen hinweg zu erzielen. Bei ihrer Konferenz auf den Åland Inseln vom 29. bis 31. August 2010 wird die diesjährige Ostseeparlamentarierkonferenz voraussichtlich eine Resolution mit Empfehlungen verabschieden, die sich an die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union richtet. In Zusammenhang mit dieser geplanten Resolution hat die Arbeitsgruppe sechs Empfehlungen erarbeitet.

- Alle Staaten sind aufgerufen, sich sämtlichen relevanten internationalen Konventionen, Abkommen und Entscheidungen anzuschließen und ihre nationale Gesetzgebung dergestalt anzupassen, dass alle Aspekte des Menschenhandels als Straftatbestände gewertet werden.
- Die Länder müssen anerkennen, dass Menschenhandel ein Teil der internationalen Kriminalität ist, dessen Bekämpfung internationale Zusammenarbeit erfordert. Gleichzeitig werden die Opfer auf lokaler Ebene ausgebeutet, so dass es auch der Bekämpfung vor Ort bedarf.

- Die Staaten müssen in ihren Haushalten ausreichende, zielgerichtete Finanzmittel und andere Ressourcen dauerhaft für öffentliche Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen und Projekte, wie z.B. die Baltic Sea Task Force gegen den Menschenhandel, vorsehen.
- Die Staaten müssen sich bemühen, Systeme zur Sammlung von Daten über den Menschenhandel zu entwickeln und zu koordinieren, um das Verständnis für die Problematik zu verbessern, geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln, die Forschung und das gerichtliche Vorgehen gegen den Menschenhandel zu unterstützen und den Opfern von Menschenhandel die bestmögliche Unterstützung zu gewähren.
- Die Staaten müssen stets die Opfer in den Mittelpunkt ihrer Initiativen stellen. Menschenhandel ist Ausbeutung, unabhängig davon, wo und in welcher Ausprägung er stattfindet. Die Menschenrechte müssen das Kernstück aller zu ergreifenden Maßnahmen sein.
- Auf der Arbeitsebene müssen die Staaten bemüht sein, effiziente Methoden und Modelle zu entwickeln, um zu gewährleisten, dass die relevanten Akteure auf nationaler Ebene und bei den Nichtregierungsorganisationen den Opfern und ihren Angehörigen helfen und die Zahl der Verurteilungen von am Menschenhandel beteiligten Kriminellen und Ausbeutern steigt.

Menschenhandel ist eine Problematik, die uns alle betrifft, ganz gleich woher wir kommen oder welche politischen Überzeugungen wir haben. Wir sind verpflichtet zu handeln, sowohl als Privatpersonen als auch auf politischer Ebene. Wir müssen fordern, dass die Ausbeutung von Frauen, Männern und Kindern, die als Sklaven gehalten werden, nicht Teil unseres Alltags ist. In unserer Arbeitsgruppe haben wir bewiesen, dass es wirklich möglich ist, gemeinsame Ziele über das gesamte politische Spektrum hinweg zu formulieren. Es liegt jetzt bei den Regierungen der Ostseeanrainerstaaten und der EU-Mitgliedsländer sich zu verpflichten, diese gemeinsamen Ziele zu erreichen.

#### Informationen:

- In der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) sind Abgeordnete von nationalen und regionalen Parlamenten aus dem Ostseeraum organisiert.
- Im Rahmen der Jahreskonferenz 2009 wurde beschlossen eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der Politiker aus verschiedenen Parlamenten über nationale, regionale und parteipolitische Grenzen hinweg gemeinsame politische Empfehlungen zur Bekämpfung des Menschenhandels formulieren.
- Die Ostseeparlamentarierkonferenz wird ihre jährlich stattfindende Konferenz in diesem Jahr vom 29. bis 31. August auf den Åland Inseln abhalten. In diesem Zusammenhang wird voraussichtlich eine Resolution verabschiedet, die unter anderem einen Beitrag zur Bekämpfung des Menschenhandels enthalten wird. Die Arbeitsgruppe hat den Ostseeanrainerstaaten und den EU-Mitgliedsstaaten sechs Empfehlungen vorgelegt.

Unterschrieben von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ der Ostseeparlamentarierkonferenz:

Abgeordnete Line **Barfod**, Parlament Dänemarks, Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Rot-Grüne-Allianz

Abgeordneter André Oktay **Dahl**, Parlament Norwegens, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe, Konservative Partei

Abgeordneter Johan **Linander**, Parlament Schwedens, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgruppe, Zentrumspartei

Abgeordnete Luise **Amtsberg**, Landtag Schleswig-Holstein, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Abgeordnete Silvia Bendrāte, Parlament Lettlands, Neue Āra Parlamentsgruppe

Abgeordnete Gabi **Dobusch**, Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Abgeordnete Leena **Harkimo**, Parlament Finnlands, Nationale Koalitionspartei

Abgeordneter Dr. Armin Jäger, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Christlich Demokratische Union (CDU)

Abgeordnete Sonja **Mandt**, Parlament Norwegens, Arbeitspartei

Abgeordnete Tatjana **Muravjova**, Parlament Estlands, Estnische Reform Partei

Abgeordnete Sonja **Steffen**, Deutscher Bundestag, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)